

Öffentliche Bekanntmachung der Stadt Wegberg zur 11. Änderung des Flächennutzungsplanes

- I. Bekanntmachung der 11. Änderung des Flächennutzungsplanes
- II. Hinweise
- III. Bekanntmachungsanordnung

I. Bekanntmachung der 11. Änderung des Flächennutzungsplanes

Der Rat der Stadt Wegberg hat in seiner Sitzung am 12.03.2024 den Beschluss zur 11. Änderung des Flächennutzungsplanes „Ferienhaussiedlung Klinkum“ gefasst.

Städtebauliche Zielsetzung ist es, auf einer ca. 3,6 ha großen Fläche eine Ferienhaussiedlung im Sinne des § 10 BauNVO (Sondergebiete, die der Erholung dienen) zu entwickeln.

Das Plangebiet liegt nordöstlich der Ortslage Klinkum und wird durch den Grenzlandring (L 367) und der Straße Buschend begrenzt. Die genaue Abgrenzung des Plangebietes ist aus dem beigefügten Kartenausschnitt ersichtlich.

Die zu dieser Flächennutzungsplanänderung gehörende Entwurfsbegründung wurde als Entscheidungs begründung übernommen.

Grundlagen für diesen Beschluss sind die §§ 1 und 2 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394), in Verbindung mit den §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung (GO) für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666 / SGV. NRW. 2023), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 5. März 2024 (GV. NRW. S. 136).

Die 11. Änderung des Flächennutzungsplanes kann ab dem Tage der Veröffentlichung im Rathaus der Stadt Wegberg, Rathausplatz 25, 41844 Wegberg, -Ebene 5 -, Fachbereich Planen, Bauen, Wohnen, während der nachfolgenden Dienststunden eingesehen werden:

montags bis freitags vormittags	von 8.30 Uhr bis 12.00 Uhr
zusätzlich dienstags nachmittags	von 14.30 Uhr bis 17.30 Uhr.

Über den Inhalt des Planes und der Begründung wird auf Verlangen Auskunft gegeben.

Weiterhin können die Unterlagen zum o.g. Flächennutzungsplanverfahren unter <https://www.o-sp.de/wegberg/plan?pid=27418> eingesehen werden.

II. Hinweise

1. Gemäß § 215 Abs. 1 BauGB werden unbeachtlich
 1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
 2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und
 3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges,wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Flächennutzungsplans oder der Satzung schriftlich gegenüber der Stadt Wegberg unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhaltes geltend gemacht worden sind. Dies gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Absatz 2a beachtlich sind.
3. Mit Vollzug dieser Bekanntmachung wird die Änderung des Flächennutzungsplanes nach § 6 Abs. 5 BauGB wirksam.
4. Die Bekanntmachung erfolgt nach § 17 der Hauptsatzung der Stadt Wegberg vom 22.02.2017, in der Fassung der fünften Änderungssatzung vom 25.11.2024, durch Aushang für die Dauer von mindestens einer Woche in dem Bekanntmachungskasten rechts neben dem Behinderteneingang im Rathausinnenhof (Rathausplatz 25, 41844 Wegberg,) und ist nach Ablauf dieser Frist vollzogen. Auf den Anschlag wird auf der Homepage der Stadt Wegberg (www.wegberg.de) hingewiesen.

III. Bekanntmachungsanordnung

1. Der vom Rat der Stadt Wegberg am 12.03.2024 gefasste Beschluss zur 11. Änderung des Flächennutzungsplanes „Ferienhaussiedlung Klinkum“ wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.
2. Die nach § 6 Abs. 1 BauGB erforderliche Genehmigung der vorgenannten Flächennutzungsplanänderung wurde mit Datum vom 18.06.2024 durch die Bezirksregierung Köln, Az.: „35.22-2024-0066360 FNP/58“, erteilt. Auch dies wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.
3. Gemäß § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) kann eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf von sechs Monaten seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Flächennutzungsplanänderung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Wegberg vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Wegberg, den 08.01.2025

Der Bürgermeister


Christian Pape

ausgehungen am: 14.01.2025 *llh*

abgehungen am: _____

